

Finanzkrise – made in Stuttgart

von SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch

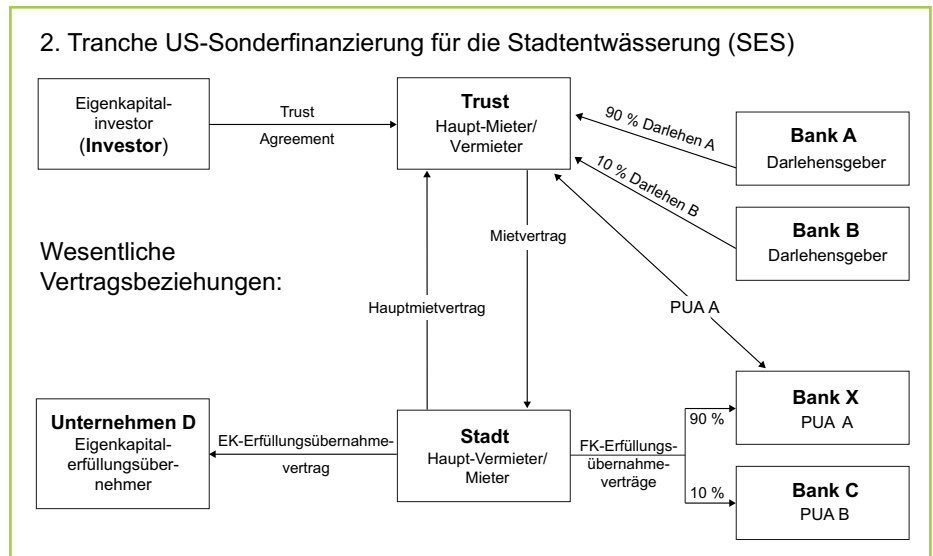
Täglich wird von neuen Skandalen, Pleiten und Horrorvisionen berichtet, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise stehen. Einige Zeit hätte man meinen können, uns in der reichen Landeshauptstadt der soliden Schwaben würde es nicht so hart treffen. Zumindest wollten uns das die Verantwortlichen in Stuttgart, vom LBBW-Chef Jaschinski bis hin zu OB Schuster, glauben machen. Doch jetzt sieht plötzlich alles anders aus.

Die LBBW hat sich – allen Beschwichigungen zum Trotz – gewaltig verzockt und wird wohl für 2008 ein Minus von mindestens 800 Millionen Euro ausweisen müssen. Um seine Bank wettbewerbsfähig zu halten, braucht Jaschinski plötzlich eine Eigenkapitalerhöhung von 5 Milliarden Euro aus Steuergeldern.

Auch OB Schuster hat sich als Verbandsvorsitzender der Landes- und Bodenseewasserversorgung ordentlich verzockt und muss jetzt 50 Millionen Euro bereitstellen, um seine dubiosen Cross-Border-Leasing-Geschäfte abzusichern.

Natürlich rechtfertigen sich alle Verantwortlichen mit einer einmaligen Krise, die man so nicht hätte vorhersehen können. Sicher, keiner verlangt von Managern und Politikern hellseherische Kräfte, aber was wir verlangen können ist doch zumindest ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren Steuergeldern!

Und genau davon kann in Stuttgart spätestens seit der Jahrtausendwende keine Rede mehr sein. Denn da erlagen die politischen Mehrheiten im Stuttgarter Gemeinderat den Verlockungen des schnell und leicht verdienten Geldes. In ihrer Gier ließen sich die Stadträte nicht nur auf die schon damals als riskant und dubios erkannten Cross-Border-Leasing-Geschäfte ein, sondern privatisierten fast gleichzeitig die Stuttgarter Energie-



Die Grafik belegt die enorme Rolle der Erfinder und Profiteure von Cross-Border-Leasing: der Banken.

(Gemeinderatsdrucksache 735/2002)

und Wasserversorgung, um mit dem Verkaufserlös über die LBBW am Kapitalmarkt einzusteigen. So wurden die sicheren Vermögen in der Energie- und Wasserversorgung gegen spekulative Kapitaleinlagen eingetauscht. Die Auswirkungen dieser neoliberalen Fehlentscheidungen machen uns jetzt in der Finanzkrise besonders verwundbar.

Kriminell: Cross Border Leasing

CBL ist ein riesiger, von den Kommunen 30 Jahre lang abgesicherter, internationaler Geldkreislauf. Investoren und Banken profitieren dabei vom „US-Steuerbetrug“, Zinsen, Gebühren und den kommunalen Risiko-Garantien. Mit diesen abgesicherten Forderungen können sie weiter spekulieren.

Der Wirtschaftsanwalt Julian Roberts kommt zu dem Schluss, dass die Kommunen zwar das gesamte Risiko des Geschäftes tragen, aber nicht einmal im Ansatz den realen Gegenwert für ihr Risiko erhalten (Stuttgarter Zeitung 3.1.2009). Keinen der zustimmenden Stadträte (2002: 55 von 60)

schien das zu stören, genauso wenig wie der Umstand, dass die Verträge so geheim waren, dass sie abstimmen mussten, ohne den Inhalt zu kennen.

Während Finanzbürgermeister Föll für die Stuttgarter CBL-Verträge bis jetzt die Auswirkungen aus der Finanzkrise dementiert, ist bei der Landes- und Bodenseewasserversorgung der Fall klar. Die Wasserpreise müssen steigen und, um die Wirtschaftlichkeit der CBL-Geschäfte zu retten, braucht es dieses Mal eine „Finanzoptimierung“ zu Lasten des deutschen Steuerzahlers. Die zusätzlichen Sicherheiten, die der amerikanische Investor einfordert, werden über eine in Amsterdam residierende neue Stiftung in Luxemburg angelegt. So sollen Steuerzahlungen im Millionenumfang in Deutschland umgangen werden! In der freien Wirtschaft hätte jeder Chef, der sich wie OB Schuster so verzockte und sich dann auch noch auf eine eher windige Steuergestaltung einlässt, zurücktreten müssen. Als ich diesen Rücktritt am 4. 12. 2008 in öffentlicher Sitzung einforderte,

ernstete ich nur Spott. Eine Woche später sah es die SPD-Fraktion genauso.

Über die Stuttgarter Cross-Border-Leasing-Verträge will im Gemeinderat immer noch niemand aus den Fraktionen reden. Das wäre aber bitter nötig: Mal abgesehen von den Risiken, die auch dort noch für Stuttgart drohen, ist seit der Gerichtsentscheidung von Ohio im Mai des Jahres 2008 klar, dass allen CBL-Geschäften die Rechtsgrundlage fehlt. Die oberste amerikanische Steuerbehörde, der IRS (Internal Revenue Service) hat deswegen alle amerikanischen Vertragspartner zur Auflösung ihrer Verträge aufgefordert. CBL-Verträge sind jetzt nicht nur wirtschaftlich fragwürdig, sondern auch illegal und müssen deswegen sofort rückabgewickelt werden!

Schon bei den Haushaltsberatungen 2005 habe ich den dazu nötigen Antrag gestellt; natürlich erhielt ich von keiner Fraktion Zustimmung, auch von der SPD nicht.

Grundfehler: Die Privatisierung der Daseinsvorsorge

Als Anfang des Jahrtausends der Gemeinderat auf Betreiben der EnBW fast einstimmig die radikalste Kehrtwende in der kommunalen Daseinsvorsorge Stuttgarts beschlossen hatte, schwamm die Stadt kurzzeitig geradezu in Geld. Durch den Totalverkauf der städtischen Energie- und Wasserversorgung hatte die Stadt zwar Einnahmen in Milliardenhöhe erzielt, auf der anderen Seite aber die Kontrolle über einige ihrer zentralen Aufgabengebiete verloren. Statt die Energie- und Wasserversorgung für die BürgerInnen zu betreiben, investierten die Stadträte den Verkaufserlös lieber in spekulative Anlagen und stockten die Spezialfonds bei Banken ordentlich auf. Getreu dem neoliberalen Dogma der „unternehmerischen Stadt“, begann die Stadt selbst über Banken, mit Teilen der dort angelegten 1,3 Milliarden Euro, an den internationalen Finanzmärkten zu zocken und das ganz ohne Skrupel mit Steuergeld. Auf meine Anfrage hin bestätigte Finanzbürgermeister Föll, dass die Stadträte es nicht mal für nötig hielten, für dieses Geld soziale oder ökologische Anlagekriterien vorzuschreiben, stattdessen vertrauten sie erneut blind der Rechtschaffenheit der Banken und Manager.

Jetzt in der Krise kann Finanzbürgermeister Föll nach den mageren Renditen in den letzten Jahren nicht einmal mehr Verluste bei den Spezialfonds ausschließen.

Gier frisst Hirn

Vom Stolz der einstigen Muster-Landesbank LBBW ist nicht viel übrig geblieben. Die Verantwortlichen geraten immer stärker in die Kritik, denn eine demokratische Kontrolle der Stadt als Anteilseignerin ist wegen der Geheimniskrämerie bei der Bank kaum möglich. Dem Kontrollgremium der LBBW, dem auch Gemeinderatsmitglieder angehören, wurden die Verluste erst mitgeteilt, als bereits öffentlich war, dass die LBBW die Inanspruchnahme von 20 Milliarden Euro Bundeshilfen prüfte.

Trotz dieser informatorischen Salamtaktik kommen immer mehr Leichen aus dem Keller der LBBW ans Tageslicht. Noch immer schlummern bei der LBBW enorme Risiken durch Kreditersatzgeschäfte in Höhe von fast 100 Milliarden Euro. Die LBBW ist eine international spekulierende Bank, die ihren Investoren eine Eigenkapitalrendite von sage und schreibe 15% verspricht. Das viel gelobte private Kundengeschäft ist lediglich ein Relikt aus der Übernahme der ehemaligen Landesgirokasse. Trotzdem ist anscheinend bei einigen Stadträten die Liebe oder Abhängigkeit zu ihrer Bank so groß, dass sie ernsthaft bereit wären, weitere 950 Millionen Euro, am liebsten aus den Stuttgarter Spezialfonds, als weitere Sicherheit in diese Bank zu pumpen.

Zukunftsfähigkeit sichern!

Dabei müsste doch spätestens jetzt klar sein, dass, wenn die Stadt ihre letzten Reserven für die LBBW opfert, ihr jeglicher Spielraum für die Zukunft fehlen wird und sie sich sogar noch abhängiger von der Finanzwirtschaft macht. Die Finanzkrise hat uns gezeigt, die Stadt muss zum Wohle ihre Bürger wieder zurück zu ihren Hausaufgaben, hin zu einer sozialen und ökologischen Sicherung der Daseinsvorsorge für alle. Deswegen habe ich bereits 2005 und dann wieder 2007 zu den Haushaltsberatungen den Antrag gestellt, nicht nur die Wasserversorgung, sondern auch das Stromnetz in Stuttgart zu rekommunalisieren und gleichzeitig aus der LBBW

auszusteigen, um Spielraum für eine eigene Stadtparkasse zu gewinnen.

Damals konnten sich weder Grüne noch SPD dazu entschließen, mit SÖS zu stimmen oder wenigstens eigene Vorschläge zu machen. Deswegen bin ich mir nicht ganz sicher, ob es an der Zuspitzung der aktuellen Lage oder nicht doch eher am bevorstehenden Kommunalwahlkampf liegt, dass sich jetzt so langsam der eine oder andere bewegt, und die SPD jetzt genau das fordert, was ich vor einem Jahr beantragte und sie damals selbst ablehnte.

(Mehr zu den Haushaltsanträgen unter www.sös-stuttgart.de)

SÖS im Rathaus

Seit fast fünf Jahren ist Hannes Rockenbach für SÖS im Stuttgarter Gemeinderat.



Hier arbeitet er an einer nachhaltigen Entwicklung Stuttgarts. Die reiche Landeshauptstadt könnte sich ein Wenige zurück zur städtischen Daseinsvorsorge spielend leisten. Hierzu müsste nur das spekulativ angelegte Vermögen aus den Spezialfonds dazu genutzt werden, die Energie und Wasserversorgung wieder zu rekommunalisieren. Das würde der Stadt nicht nur krisenfeste Einnahmen garantieren, sondern es auch ermöglichen, als Besitzer der Strom-Netze gemeinsam mit den BürgerInnen in die dezentrale Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen einzusteigen.

Um die Kommunalwahl 2009 vorzubereiten, lädt Hannes alle Interessierten jede Woche ins Rathaus ein.

Die aktuellen Termine stehen auf www.sös-stuttgart.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.):
Stadtrat Hannes Rockenbach (SÖS)
Büro im Rathaus:
Telefon: 0711 216-1950
Telefax: 0711 216-951950
Handy: 0176 23952221
hannes.rockenbach@stuttgart.de
www.sös-stuttgart.de

Sprechstunde SÖS im Rathaus:
Mittwoch 17–18.00 Uhr, Raum 035a

Redaktion und Produktion:
Michael Weiß, Eugenstraße 12,
70182 Stuttgart, Tel. 0711 260958
Gedruckt auf CyclusPrint = 100%
Recyclingpapier